



«Wir Frauen setzen andere Akzente»: Bundesrätin Viola Amherd

«Wir müssen den Frauen aufzeigen, dass der Dienst sinnvoll ist»

Verteidigungsministerin Viola Amherd räumt ein, dass die Armee ein Attraktivitätsproblem hat, und sagt, was sie dagegen unternehmen will

Ja, wir wollen das Flugzeug mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis kaufen.

Die Sicherheitskommission des Ständerats will die Kampffjetbeschaffung gegen Ihren Willen zum Goldesel für Schweizer Firmen machen und fordert 100 statt nur 60 Prozent Kompensationsgeschäfte. Warum konnten Sie sich nicht durchsetzen?

Das müssen Sie die Mitglieder der Kommission fragen. Man will so offenbar Industrie- und Regionalpolitik betreiben. Für den Bundesrat war klar, dass man bei diesem hohen Betrag die Offsets auf die sicherheitsrelevante Industrie beschränken soll, also eben auf 60 Prozent des Kaufpreises.

«Wir wollen das Flugzeug mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis kaufen»

Vor acht Monaten haben Sie ein Männer-Departement übernommen. In verschiedenen Ländern Europas liegt die Landesverteidigung nun ebenfalls in Frauenhand. Ist das für Sie ein Vorteil?

Mich freut das sehr. Mein erster Auslandkontakt war in Wien. Da

habe ich Frau von der Leyen kennen gelernt, die damalige Verteidigungsministerin Deutschlands. Wir hatten einen sehr guten Austausch und waren als Frauen sofort auf einer gemeinsamen Basis. Das war auch mit der französischen Verteidigungsministerin so.

Wird sich die Verteidigungspolitik verändern, weil sie in Frauenhand liegt? Schwierig zu sagen. Die Bedrohungslage ändert sich dadurch ja nicht.

Aber vielleicht der Umgang damit?

Der Umgang innerhalb eines Departements oder eines Ministeriums ist wohl anders. Wir Frauen setzen andere Akzente. Das Bewusstsein für Frauenförderung beispielsweise in der Armee ist mit einer weiblichen Führung sicher grösser. Auch im Bereich der militärischen Friedensförderung, die ich verstärken will, ist die Sensibilität eine andere.

Wäre die Welt friedlicher, wenn mehr Frauen Verteidigungsministerinnen wären?

Den Mut, dies zu behaupten, habe ich nicht. Ich glaube, so gross ist der Einfluss der einzelnen Verteidigungsministerinnen nicht.

Was halten Sie von der aktuellen Kampagne Ihrer Partei, in welcher die CVP Kandidaten der anderen Lager angreift?

Als Mitglied des Bundesrats habe ich mich nicht zur Kampagne meiner Partei, der CVP, zu äussern.

Neuer Tiefststand

Die Armee kämpft mit Personalmangel. Nur 16300 junge Frauen und Männer konnten letztes Jahr rekrutiert werden, wie diese Woche bekannt wurde. Das ist ein neuer Tiefststand in der Geschichte der Schweizer Armee. Für den Erhalt des Armeebestandes bräuchte es 2000 Rekruten mehr als letztes Jahr. Der Hauptgrund der tiefen Rekrutierungszahlen ist laut einem Armeesprecher eine neue Regelung: Seit letztem Jahr können junge Schweizer den Zeitpunkt für die Rekrutenschule (RS) zwischen dem 20. und dem 25. Altersjahr selber wählen. Das führte dazu, dass viele den Start ihrer RS aufschieben.

Aktuell ist der Armeebestand mit 140000 Armeeeingehörenden zwar noch genügend. Bei der Armee befürchtet man aber, dass es bald zu wenig Wehrpflichtige gibt, weil nun Frauen und Männer geburtenstärker Jahrgänge ins Rekrutenalter kommen.

Dazu kommt ein weiteres Problem: Viele scheiden bereits vor dem 26. Altersjahr aus dem Militärdienst aus, weil sie alle ihre Wiederholungskurse (WK) absolviert haben. Sie sind dann zwar noch wehrpflichtig, müssen aber keinen Dienst mehr leisten. Die Folge sind hohe Unterbestände bei den WK. Durch drei Reformen wurde der Armeebestand seit 1990 bereits drastisch reduziert. Damals zählte die Armee noch 600000 Angehörige. (ma)

Tausende Bauten der Armee sind am Vergammeln

Der Bund investiert in seine militärischen Immobilien nur noch das Nötigste – es drohen Unfälle und Schliessungen

Bern Marode Schiessstände, ramponierte Truppenunterkünfte, einsturzgefährdete Flugunterstände: Laut einer internen Erhebung von Armasuisse Immobilien, dem Liegenschaftsverwalter der Schweizer Armee, sind heute mehr als 70 Prozent der noch benutzten 4500 Armeeanlagen sanierungsbedürftig.

11 Prozent der militärischen Bauten im Neuwert von 2,3 Milliarden Franken wurden laut der bundesinternen Datenauswertung in der Vergangenheit so schlecht unterhalten, dass sie abgerissen und neu gebaut werden müssten. 62 Prozent der Immobilien mit einem Wert von 12,8 Milliarden Franken müssten – Stand 1. Januar 2019 – teilweise saniert oder instand gestellt werden. Alles in allem wären laut Armasuisse heute 5,8 Milliarden Franken nötig, um die Bauten wieder in Form zu bringen.

Der schlechte Gebäudezustand der Armee-Liegenschaften ist mit Risiken verbunden. Laut der internen «Unternehmensstrategie Armasuisse 2017–2020» – die Sonntagszeitung verlangte sie gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz heraus – droht ein erhöhtes Ausfallrisiko. «Vermehrt muss mit Gebäudeschliessungen gerechnet werden», heisst es im von Rüstungschef Martin Sonderegger unterschriebenen 22-seitigen Papier. Zudem seien Unfälle und Personenschäden in Gebäuden möglich, weil aufgrund der fehlenden Mittel die Instandhaltung nur mangelhaft ausgeführt werden kann.

Um das Schlimmste zu verhindern, hat das Rüstungsamt inzwischen regelmässige Sicherheitsaudits für die Armeebauten eingeführt. «Unser oberstes Ziel ist es, Personenschäden zu verhindern», sagt Marcel Adam, der leitende Armasuisse-Portfolio-manager. Im Zweifelsfall würde ein Objekt geschlossen.

Dazu ist es in der Vergangenheit immer wieder gekommen. Letztes Jahr wurden die Duschanlagen in der Kaserne Neuchlen bei Gossau SG wegen Legionellen gesperrt. In sanierungsbedürftigen Gebäuden könne das Auftreten von Legionellen nicht gänzlich ausgeschlossen werden, teilte Armasuisse der Öffentlichkeit damals mit.

Auf dem Flugplatz Payerne VD musste der Betrieb eines Hangars für Flugzeuge und Helikopter wegen statischer Probleme

eingeschränkt werden. Das Gebäude ist laut dem Flugplatzkommandanten seit dem Jahr 1953 «mit keinem Pinselstrich» unterhalten worden. Jetzt muss die Halle abgerissen und für 40 Millionen Franken neu gebaut werden.

Im Gruppenlager in Brigels GR mussten die Belegkapazitäten 2014 wegen Brandgefahr eingeschränkt werden. In der Armeeunterkunft übernachteten jeweils bis zu 150 Personen, nicht nur Militärs, sondern auch Vereine und Schulen, welche die Unterkunft gemietet hatten.

Damit sich die Schwierigkeiten nicht häufen, hat Armasuisse eine rigorose Portfoliostrategie installiert. Bei mittelfristig genutzten Objekten wird die Instandhaltung auf das Nötigste beschränkt. Bei Objekten, bei denen nicht gesichert ist, ob sie langfristig militärisch genutzt werden, nimmt das Rüstungsamt sogar «Schäden und eine eingeschränkte Gebrauchstauglichkeit» in Kauf. So hofft man, genügend Mittel in Bauten investieren zu können, die langfristig benötigt werden.

Die Eidgenossenschaft bleibt auf Armee-Liegenschaften sitzen

«Wir müssen Angst haben, dass den Soldaten die Dächer auf den Kopf fallen», warnte Ex-Verteidigungsminister Ueli Maurer vor zehn Jahren. Auch die Finanzkontrolle des Bundes kritisierte den «beschleunigten Werteverlust». Um die Armeebauten zu erhalten, wären laut den Finanzprüfern bis 2035 jedes Jahr Unterhaltsarbeiten für 480 Millionen Franken nötig gewesen. Davon ist man weit entfernt. 2019 beispielsweise investiert der Bund in den Werterhalt der Armeebauten lediglich 180 Millionen Franken.

Auch die bereitgelegte Exit-Strategie – die Verkleinerung des Kernbestands an Armee-Liegenschaften – scheint zu misslingen. Laut der jetzt publik gewordenen Armasuisse-Unternehmensstrategie kann das Immobilienportfolio «mit grosser Wahrscheinlichkeit» in nächster Zeit nicht massgeblich reduziert werden. Die Lasten des im Kalten Krieg aufgeblähten Sicherheitsapparats wird der Bund so rasch also nicht los. Das bedeute – so das interne Papier – für das Rüstungsamt heute ein «wesentliches strategisches Risiko». Martin Stoll



Beispielhaft für die Zukunft? Auf dem ausgemusterten Flugplatz Kägswil OW mussten zwei Hangars abgerissen werden

Foto: Robert Hess/Neue OZ/LZ